

Postulate zum Budget 2026

1. Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt)

25.5565.01

Erhöhung um Fr. 10'000

Begründung:

Der Grosse Rat das Pilotprojekt «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur überführt und ermöglichte damit dessen Weiterführung. In der Allgemeinbevölkerung ist häusliche Gewalt konnotiert mit Frauen als Opfergruppe. Häusliche Gewalt existiert jedoch auch in queeren Beziehungen. Oftmals zeigt sie sich jedoch anders, da Paare ihre Beziehung nicht im selben Haushalt oder sogar im Versteckten leben. Um diese Zielgruppe zu erreichen, müssen andere Netzwerke mit gezielten Massnahmen berücksichtigt werden. Aus diesem Grund soll zusätzlich zu den 10 Quartiertreffpunkten, um die das Projekt erweitert wurde, das Netzwerk der queeren Community ergänzt und ebenfalls mit CHF 10'000.- alimentiert werden. Wie bei den Quartiertreffpunkten können die bestehenden Strukturen der queeren Community dafür genutzt werden.

Johannes Sieber

2. Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel)

25.5566.01

Erhöhung um Fr. 174'000

Begründung:

Erhöhung des Budgets um eine Vollzeitstelle für die Fachgruppe Menschenhandel bei der Kriminalpolizei/Staatsanwaltschaft. Menschenhandel ist ein typisches «Hol-Delikt». Hat die Kriminalpolizei zu wenige personelle Ressourcen, kann sie weniger Strafverfahren führen, welche zu einer Anklage und zur Verurteilung der Täterschaft führen. Die Ermittlung in Strafverfahren wegen Menschenhandel sind sehr komplex, personal- und zeitintensiv, insbesondere weil die Delikte meistens grenzüberschreitend stattfinden. Die Gruppe Menschenhandel der Kriminalpolizei/Staatsanwaltschaft ist zurzeit personell sehr schwach aufgestellt und hat zu wenig Ressourcen, um die Ermittlungen in den Strafverfahren in der notwendigen Intensität voranzutreiben. Die Fachgruppe Menschenhandel soll deshalb mit einer Vollzeitstelle verstärkt werden.

Christoph Hochuli

3. Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen)

25.5567.01

Erhöhung um Fr. 300'000

Begründung:

Gemäss § 20 der Verordnung über die auswärtigen Schulanlässe der Schulen des Kantons Basel-Stadt sind die Kosten für die Teilnahme an auswärtigen Schulanlässen von den Erziehungsberechtigten zu tragen. Die Kostenbeteiligung der Eltern wird in verschiedenen Richtlinien und Wegleitungen konkretisiert, welche teilweise nicht öffentlich zugänglich sind, jedoch im Bericht des Preisüberwachers «Beteiligung der Eltern an den Kosten von obligatorischen Lagern und Exkursionen der Volksschule» vom 3. September 2024 erwähnt werden.

Die Überwälzung der Kosten auf die Erziehungsberechtigten ist jedoch nur eingeschränkt zulässig. Gemäss Bundesgerichtsurteil 2C_206/2016 vom 7. Dezember 2017 umfasst der in Art. 19 der Bundesverfassung verankerte Anspruch auf unentgeltlichen Grundschulunterricht auch die Aufwendungen für obligatorische Exkursionen und Lager. Den Erziehungsberechtigten dürfen daher lediglich jene Kosten in Rechnung gestellt werden, welche sie aufgrund der Abwesenheit ihrer Kinder einsparen.

Gemäss Bericht des Preisüberwachers betragen die zulässigen Elternbeiträge pro Tag in der Primarschule CHF 16.– und in der Sekundarschule CHF 25.–. Eine weitere Ausschöpfung des Elternbeitrags würde wohl der bundesgerichtlichen Rechtsprechung wonach nur die Kosten verrechnet werden, welche die Eltern einsparen, nicht mehr entsprechen.

Lager und Exkursionen stellen für Schülerinnen und Schüler wichtige Erfahrungen dar. Es ist wesentlich, dass alle Schülerinnen und Schüler weiterhin die Möglichkeit haben, diese wertvollen Erlebnisse zu machen. Um dies sicherzustellen, ist eine Erhöhung des entsprechenden Budgets erforderlich.

Anina Ineichen

**4. Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand
(Jugendförderverein „ooink ooink Production“)**

25.5568.01

Erhöhung um Fr. 13'000

Begründung:

Der Jugendförderverein «ooink ooink Production» und seine Vorgängerorganisationen leisten im oberen Kleinbasel als Non-Profit-Organisationen seit über 40 Jahren wertvolle Arbeit im Bereich Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen. Der Verein sorgt mit seinem Angebot dafür, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit sinnvolle Tätigkeiten und Werte vermittelt erhalten. Er fördert damit auch den Zusammenhalt von jüngeren und älteren Menschen im Quartier und darüber hinaus. Zu den Angeboten gehören Ferienlager im Sommer, Herbst und Winter für Kinder sowie diverse Jugendevents wie Spieltturniere, Kinder- und Familien-Events und vieles mehr. Zudem bietet der Verein unter der Woche jeweils an den Mittwoch- und Freitagnachmittag mit dem sehr niederschweligen Programm Landhof Kidzz (<https://www.ooinkooink.ch/freizeitferienlager/landhof-kidzz>) wertvolle Beschäftigungen mit viel Bewegung für Kinder auf dem Landhof an. Viele Angebote des Vereins wie Lagerbetreuung etc. werden von Freiwilligen geleistet. Die Finanzierung des Vereins erfolgt über diverse Kanäle wie der Organisation von Anlässen jeglicher Art und dem zugehörigen Catering sowie durch Fundraising bei Privatpersonen und Firmen. Die Landhof Kidzz, also die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort auf dem Landhof werden u.a. vom Kanton Basel-Stadt und der Christoph Merian Stiftung (CMS) finanziell unterstützt.

Wie viele Vereine leidet der Verein «ooink ooink Production» an Unterfinanzierung im Bereich der Soziokulturellen Animation. Insbesondere hat die CMS ihre Unterstützung kontinuierlich gesenkt in den letzten Jahren von 33'000 Franken auf 20'000 pro Jahr. Damit fehlen dem Verein 13'000 Franken, womit die wertvolle und notwendige Kinder- und Jugendarbeit im oberen Kleinbasel in Frage gestellt ist. Die Versuche, diesen Fehlbetrag über neue Kanäle zu kompensieren sind bisher leider gescheitert.

Die Neuverhandlungen für die Staatsbeiträge an den Verein finden im 2026 statt mit Wirkung 2028-2032. Um die angespannte Finanzsituation bis zur neuen Periode der Staatsbeiträge zu überbrücken, wird die einmalige Erhöhung um 13'000 Franken für je 2026 und 2027 beantragt.

Harald Friedl

5. Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark)

25.5570.01

Erhöhung um Fr. 150'000

Begründung:

Der Giesslipark im Klybeckquartier wurde 2013/14 umgestaltet und ist seither ein attraktiver und beliebter Spielplatz für Familien mit kleineren Kindern. Die sich darauf befindende Spielbaracke der Robi Spiel-Aktionen wurde damals nicht umgestaltet. Sie wurde Anfang der 1980er Jahre erbaut und ist seit der Loslösung der Robi-Spiel-Aktionen von Pro Juventute (1996) Eigentum der Robi-Spiel-Aktionen.

Aktuell wird die Baracke von einer Spielgruppe genutzt, die von Eltern aus den umliegenden Häusern geführt wird. Das Spielmobil Kleinbasel der Robi-Spielaktionen führt zweimal pro Woche gut besuchte* Kreativ- und Spielangebote durch. Außerdem finden regelmässig Kinder-Ferien-Stadt Wochenprogramme statt. Ein kleiner Teil des Innenraums wird zudem vom Team des Spielmobils Kleinbasel als Vorbereitungs- und Bürraum genutzt.

Die Baracke befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand, Wände und Dach sind sehr morsch und die Fenster undicht. Der Innenbereich ist stark abgenutzt. Der Verein Robi-Spiel-Aktionen hat angesichts des prekären Zustandes der Baracke aus eigener Initiative um die Planung eines Ersatzes gekümmert.

Ein Architekturbüro hat Pläne für einen Neubau und eine Kostenschätzung erarbeitet. Die Pläne sehen den Bau einer einfachen und zweckmässigen Spielbaracke in Re-Use Bauweise (gebrauchte Materialien) vor. Die Kostenschätzung rechnet mit rund 200'000 Fr. für den Bau der neuen Baracke inklusive Rückbau der bestehenden Baracke, Aussenarbeiten wie Bodenertüchtigung oder Erstellung einer Rampe. Dieser Betrag übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Robi-Spiel-Aktionen. Es wird zwar versucht, weitere Finanzierungsquellen zu erschliessen, doch ein namhafter Beitrag des Kantons würde dem Projekt den dafür nötigen Schub verleihen.

Die Erstellung einer einfachen und zweckmässigen Spielbaracke würde eine enorme Attraktivitätssteigerung bedeuten. Die Baracke könnte somit noch stärker von der Nachbarschaft genutzt werden, zum Beispiel für Kindergeburtstage oder sonstige kleinere Familienfeiern.

Die beteiligten Dienststellen IBS, Allmendverwaltung und Stadtgärtnerei wurden darüber informiert und stehen dem Projekt positiv gegenüber.

*Nutzungszahlen 2025: Spielmobil: 810 Kinder, Kinder-Ferien-Stadt-Woche: 1'200 Kinder

Heidi Mück

6. Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen)

25.5569.01

Erhöhung um Fr. 290'000

Begründung:

Für einen wirksamen Hitzeschutz im Sommer 2026, basierend auf den überwiesenen Vorstössen (Anzug/Motion) von 2025, braucht es Massnahmen, die sofort umsetzbar und technisch verantwortbar sind. Die Frühhauskühlung durch Frühlüften ist eine kurzfristig realisierbare und wirksame Methode, um die Raumtemperaturen an Hitzetagen messbar zu senken und damit Gesundheit sowie Unterricht zu schützen. Rund 40 Kindergartenstandorte und ausgewählte Gebäude der 50 Schulareale müssen ab 4 Uhr morgens manuell gelüftet werden. Dafür braucht es an Hitzetagen externes Sicherheitspersonal, das Fenster und Türen ausserhalb der Betriebs- und Schulzeiten öffnet und die Sicherheit gewährleistet. Aufgrund der unterschiedlichen Gebäudestrukturen sowie der variierenden Flucht- und Brandschutzsysteme ist es einmalig notwendig, standortspezifische Lüftungskonzepte zu erstellen.

Mit diesem Budgetpostulat soll ermöglicht werden, dass diese realistische Sofortmassnahme bereits im Sommer 2026 ihre Wirkung entfalten kann.

Beitragszusammensetzung:

CHF 50'000 Standortspezifische Lüftungskonzepte

CHF 240'000 Externe Auftragsvergabe inkl. Anfahrtspauschale

CHF 290'000 Total Antrag Budgetpostulat Frühhauskühlung

Sandra Bothe

7. Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi)

25.5572.01

Erhöhung um Fr. 40'000

Begründung:

Die KulturLegi ermöglicht seit 2013 Personen mit tiefem Einkommen den vergünstigten Zugang zu Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten. Die Nachfrage nach der KulturLegi steigt seit Jahren markant: die Zahl der Nutzenden hat sich seit 2022 mehr als verdoppelt. Der Staatsbeitrag beläuft sich aber unverändert auf CHF 20'000 BS (BL 10'000). Aktuell besitzen rund 4'500 Personen im Kanton BS gültige Karten (BL: rund 1'500). Rund 75% der Nutzenden leben in BS. Die Erhöhung des Beitrags wird auch in BL angestrebt. Die KulturLegi leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen und kulturellen Teilhabe in Basel. Sie ist ein einfaches, wirkungsvolles Instrument, um das gemeinsame Ziel der kulturellen und sozialen Teilhabe zu erreichen, wie es auch im KulturLeitbild Basel-Stadt 2020-2025 und dessen Entwurf 2026-2031 verankert ist. Mit der beantragten Erhöhung um CHF 40'000 auf neu CHF 60'000 kann die KulturLegi die Vermittlungs- und Kommunikationsarbeit gezielt verbessern; mehr berechtigte Personen erreichen und aktiver für kulturelle Aktivitäten sensibilisieren, das Partnernetz pflegen und erweitern und auf die wachsende Nachfrage reagieren.

Bruno Lötscher-Steiger

8. Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa)

25.5573.01

Erhöhung um Fr. 439'000

Begründung:

Im Legislaturplan 2025–2029 hält die Regierung zum Ziel «Lebenswerte Quartiere fördern» fest: «Um das Zusammenleben in den Quartieren zu stärken, möchte der Kanton künftig eine bedarfsgerechte Versorgung mit soziokultureller Infrastruktur sicherstellen.» Drei langjährig etablierte und von Fachhochschulen positiv evaluierte Projekte des Treffpunkts Breite (mobile Altersarbeit), des Quartiertreffpunkts Wettstein («Altersgerechtes Wettstein») und des Quartiertreffpunkts LoLa (mobile Quartierarbeit) – werden bis anhin im Projektstatus finanziert; die kantonale Finanzierung läuft Ende 2025 aus. Die im Frühling 2025 beantragte Überbrückungsfinanzierung wurde von der Regierung mit Verweis auf die nächste Staatsbeitragsperiode ab 2028 abgelehnt.

Damit entsteht eine Finanzierungslücke: Ohne zusätzliche Mittel müssten die Angebote ab 2026 stark reduziert oder eingestellt werden. Dies würde dem Legislaturziel deutlich widersprechen, Fachpersonal ginge verloren, gewachsene Vertrauensbeziehungen in den Quartieren würden unterbrochen und mit öffentlichen Mitteln aufgebauten Strukturen entwertet.

Mit der beantragten Erhöhung werden jene zusätzlichen Mittel bereitgestellt, die für eine Vollkosten-Regelfinanzierung der drei Projekte nötig sind (Treffpunkt Breite: 151'000 Franken, QTP LoLa: 138'000 Franken und QTP Wettstein: 150'000 Franken). Die zusätzlichen Mittel sollen sicherstellen, dass

- die drei Projekte ab 2026 ohne Unterbruch weitergeführt werden können,
- die bestehenden personal- und strukturintensiven Angebote (inkl. Vernetzungsarbeit im Quartier) erhalten bleiben und
- die Leistungen nach vielen Jahren erfolgreicher Umsetzung aus dem Projektstatus in eine stabile Regelstruktur überführt werden.

Damit leistet das Budgetpostulat einen konkreten Beitrag zur Umsetzung des Legislaturplans und zur langfristigen Verfestigung der drei genannten Projekte in die Regelstruktur. Die erhöhten Staatsbeiträge sollen folglich auch künftig in die neue Staatsbeitragsperiode 2028–2031 aufgenommen werden.

Laurin Hoppler

**9. Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget),
(Nachzugverbindung nach Malmö)**

25.5574.01

Erhöhung um Fr. 10'000'000

Begründung:

Der neue Nachzug von Basel nach Kopenhagen und Malmö hätte im April 2026 in Betrieb genommen werden sollen. Für den geplanten Start in April 2026 ist man seitens SBB auf Kurs gewesen, Tickets wurden bereits erfolgreich verkauft. Weit über die Schweiz hinaus, ist der Zug begeistert aufgenommen worden. Dieser internationale Nachzug hätte eine wichtige klimafreundliche Verbindung zwischen Basel und Skandinavien dargestellt. Die vom Bundesparlament beschlossene Einstellung der Nachzugförderung hat dieses Angebot gebodigt.

Basel als Grenz- und Verkehrsknotenpunkt profitiert (bzw. könnte profitieren) überdurchschnittlich von internationalen nachhaltigen Verkehrsangeboten. Auch unter der Tatsache, dass zurzeit die EU ihr Weitverbindungsnetz um die Schweiz herumplant, ist es wichtig, dass die SBB internationale Verbindungen ausbauen können. Basel soll auch in einer Zukunft, in der weniger geflogen wird, für internationale Gäste gut erreichbar bleiben.

Mit der Aufnahme eines zweckgebundenen Beitrags im Budget kann der Regierungsrat die nötigen Mittel bereitstellen und die Betreiber – insbesondere die SBB und ihre Partner – in der Aufrechterhaltung des Angebots unterstützen.

Dieses Budgetpostulat stellt sicher, dass Basel-Stadt einen Beitrag zugunsten einer klimaverträglichen, internationalen Erreichbarkeit setzt. Dies ist auch im Sinn der von der Bevölkerung beschlossenen Klimagerechtigkeit bis 2037.

Nachdem der Grosse Rat mit einer Resolution erfolglos von den Bundesparlamenten gefordert hat, die geplante neue Nachzugverbindung Basel – Malmö zu ermöglichen, können wir mit diesem Budgetpostulat selbstbestimmt einen Beitrag zur Realisierung dieses Nachzuges leisten. Dabei ist nicht auszuschliessen, dass sich Basel-Stadt mit anderen interessierten Kantonen und Städten die Finanzierung teilt.

Patrizia Bernasconi

**10. Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie,
Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)**

25.5575.01

Erhöhung um Fr. 35'000

Begründung:

Die Nachfrage nach ausserschulischen Naturerlebnissen hat 2025 einen Höchststand erreicht. Zahlreiche Schulklassen aller Stufen besuchten meist halbtägige Angebote in der Natur, die von eigens dafür ausgebildeten Naturpädagog:innen geleitet werden. Dies hat gute Gründe: Naturerfahrungen stärken die psychische und physische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung. Lernen im Wald gibt den Kindern Gelegenheit, die Natur zu erleben, zu erforschen und komplexe ökologische Zusammenhänge zu begreifen.

Ein grosser Teil der naturpädagogischen Angebote wird vom Netzwerk und Anlaufstelle Naturforum Regio Basel vermittelt und koordiniert. Die Angebote werden zum Teil durch das Amt für Wald und Wild (AfWW) beider Basel und zum Teil durch Stiftungen finanziert.

Bis 2024 wurde ein Teil dieser Angebote auch vom ED BS als Teil der Präventionsprogramme finanziert. Mit dem Ziel, die naturpädagogischen Angebote zu bündeln und damit zu stärken wurden diese zum Amt für Wald und Wild beider Basel transferiert. Das Amt für Wald und Wild hat jedoch keine zusätzlichen Mittel für die Finanzierung erhalten.

2025 wurde ein Teil dieser Angebote vom Amt für Wald und Wild auf eigene Initiative finanziert und für 2026 und 2027 die Mittel sogar geringfügig aufgestockt, um der grossen Nachfrage entgegenzukommen. Trotzdem wird die ursprünglich vom ED BS unterstützte Anzahl Angebote nicht mehr volumnäßig gedeckt. Die Naturpädagogik ist allgemein unter Druck, denn es drohen massive Kürzungen durch das Entlastungspaket 27 des Bundes, das auf die Förderung von Umweltbildung verzichten will, was schon jetzt die Suche nach Stiftungsgeldern viel

schwieriger macht. Das Amt für Wald und Wild finanziert ausschliesslich Angebote zum Thema Wald. Naturthemen betreffend die übrigen Ökosysteme und Lebensräume wie Gewässer, Gärten, Wiesen und Biodiversität im Siedlungsraum sind aktuell vollständig auf Stiftungsbeiträge angewiesen.

Für 2026 sind von den 35 Angeboten deren Finanzierung gesichert ist (30 finanziert durch das AfWW, 5 durch Stiftungen) schon fast alle ausgebucht. Konkret hat es im Dezember 2025 noch 7 halbtägige Angebote (5 zu Waldthemen und 2 mit freier Themenwahl, da von Stiftungen finanziert), die von Basler Schulen gebucht werden können. Es braucht also dringend mehr Mittel um den Schulen von Basel-Stadt die Möglichkeit zu bieten, diese pädagogisch wertvollen Angebote zu buchen.

Laut Auskunft des AfWW und des Naturforums Regio Basel kostet ein halbtägiges Programm im Wald rund 500 Fr. Mit zusätzlichen 20'000 Fr. an das Amts für Wald und Wild können rund 40 baselstädtische Schulklassen zusätzlich ein Angebot zum Thema Wald buchen. Mit 15'000 Fr. an das Amt für Umwelt Basel können zudem 30 Schulklassen eine Veranstaltung zu einem der anderen Naturthemen buchen.

Dies würde in etwa einem Programm auf dem gleichen Stand wie vor dem Transfer der Angebote vom ED zum Amt für Wald und Wild entsprechen.

Zur Einordnung: Gemäss einer Tabelle des Amtes für Statistik gibt es 2025 insgesamt rund 1'200 Schulklassen.

Heidi Mück

**11. Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand
(Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)**

25.5576.01

Erhöhung um Fr. 282'000

Begründung:

Die Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP) betreibt ein beliebtes Therapiebad, welches stillgelegt werden soll. Der Weiterbetrieb des Bads liegt im Interesse der öffentlichen Gesundheit. Mit einer gesicherten Finanzierung bleibt der breiten Bevölkerung weiterhin ein regelmässiger und niederschwelliger Zugang zum Wasser erhalten.

Das Bad kann weiter benutzt werden, die verschiedensten Angebote wie den Schwimmunterricht der Schulen, aller Arten der wasserbasierten Bewegungsförderungen, Prophylaxe im Alter, Angebote von Pro Senectute Wassersport, Physiotherapeuten u.v.a.m.

Das UAFP selbst unterstützt den Weiterbetrieb des Bades.

Beat K. Schaller